



Das Kapital längst überwunden. Die Lohnerhöhungen von damals sind durch die Wiederverwertung längst verdrängt. Deutschland, das, verglichen mit anderen Industrieländern, schon vor dem Kriege ein Land niedriger Löhne war, ist heute gegenüber allen Industrieländern das Land der aller-niedrigsten, das Land von Hungerlöhnen geworden.

Ganz anders sieht es mit dem Profit. Die Abschlässe der Aktiengehilfen für das Jahr 1919 betragen es trotz der Schwere der Jahre, die namentlich in der ersten Hälfte des Jahres das bestanden. Das zeigt eine Zusammenstellung der Dividenden für 1919, die wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, wobei die Ergebnisse für 1918 in Klammern angegeben sind:

- Sonntagswerke A.G. 12 Proz. (5), Kammgarnspinnerei Bernsdorfen 21 Proz. (22), Mannfeldische Gebrüder 100 R. (110), Norddeutsche Lohwerke 14 Proz. (7 1/2), Dittendorfer Tuchfabrik 22 Proz. (12 1/2), Vorkriegs-Lohfabrik 34 Proz. (14), Weichwerke A.G. 50 Proz. (7), B. Girch A.G. für Tafelglasfabrik 26 Proz. (11), Wappholzer A.G. 20 Proz. (10), Erlefelder Baumwollspinnerei A.G. 20 Proz. (10), Badener Lederfabrik 40 Proz. (10), Weichschleif-Baumwollspinnerei Bamberg 21 Proz. (10), Kranzwerke A.G. 24 Proz. (18), Harberer Glouchon A.G. 27, davon 12 Proz. durch Auflösung des Spezialerwerbsfonds (5), Steinigfabrik W. Kolditz 26 Proz. (23), Kammgarnspinnerei Schönbühl 25 Proz. (20), Baumwollspinnerei Senkebach 10 Proz. (5), Spinnerei A.G. vorm. Klauer 18 Proz. (10), S. I. für Textilmaschinen 20 Proz. (10), Glas- und Spiegelmanufaktur Westfälischen 20 Proz. (15), Gerdorfer Glasfabrik 20 Proz. (15), Sächsischer Tabakfabrik Chemnitz 10, Vauzack Tabakfabrik 20 Proz. (15), davon 5 Proz. aus dem Depositionsfonds (10), Hannoverische Alkagummwarenfabrik 25 Proz. (20), Nationale Automobil-Ges. 12 Proz. (10), Schleifische Dampfkomf. 12 Proz. (7 1/2), Chemischer Aktien-Spinnerei 22 Proz. (12), Jahn-röderfabrik Röllmann A.G. 15 Proz. (13), Hochrheinisches Maschinen A.G. 30 Proz. (21 1/2) auf Aktien Lit. A und 22 1/2 Proz. (19 1/2) auf Aktien Lit. B, Aktienverein Baidauer Bürgergewerk-schaft 70 R. (50), Baidauer Kammgarnspinnerei 35 Proz. (25), Baumwollspinnerei Baidau 35 Proz. (15), Deutsche Spiegelglas-Werke A.G. 25 Proz. (20), Vereinigte Jäger, Holz- und Siemens-werke auf die Stammaktien 15 Proz. (6), Pongspinnereien 20 Proz. (14), Pachtwerk A.G. in Düsseldorf 8 Proz. (5), Part-wig u. Vogel A.G. 12 Proz. (10), R. Lamberts u. Kay A.G. 8 Proz. (6), Union Leipziger Webereifabrik 12 Proz. (8), Maschinenfabrik Germania 20 Proz. (15), Württembergische Baumwollspinnerei und Weberei 17 1/2 Proz. (10), Gewerkschaft Kailergrube zu Gerdorf 70 R. (6), Raudmanjuristischer und Härberer Walter 30 Proz. (10), Maschinenbau-Anstalt Hildner 20 Proz. (18), Hüttenwerk Niederschöneweide 20 Proz. (12), Weichschleif-Weberei Nischelbach 12 Proz. (8), Vorkriegsfabrik Rosenthal 30 Proz. (25), Bremer Wollwäberei A.G. 20 Proz. (15), Deutsche Ton- und Strangzuckerwerke 14 Proz. (11), Kammgarnspinnerei Leipzig 30 Proz. (15), Wappholzer Werke 22 Proz. (20), Vorkriegsdepotmentwerk „Anna“ in Neubrück 12 Proz. (6), Lederwerke Wiemann 25 Proz. (20), Dampfschiffahrtsges. Neptun 25 Proz. (20), Krollwerke Apolda 10 Proz. (7), Deutsche Last-automobilfabrik Düren 15 Proz. (10), Carl Gump u. Co. 8 Prozent (6), Ver. Weisenfabriken Rütberg 12 Proz. (10), In-dustriewerke A.G. 20 Proz. (12 1/2), Rheinische Spiegel-glasfabrik 20 Proz. (5).

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Abschlässe für 1920 sich noch bei weitem günstiger gestalten werden. Man sieht, wie berechtigt das Wort von der „Sozialisierung der Schulden“ gewesen ist, welche tiefe ökonomische Weisheit es verriet. In Wirklichkeit stehen wir erst am Anfang einer kapitalistischen Hochkonjunktur, die dem deutschen Kapital noch ungeheure Profite bringen wird, auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse, die die rechtssozialistische Politik nur allzu lange unterstützt und getragen von großen Teilen der Arbeiterpolitisch geschwächt und ökonomisch verelendet hat.

## Vollsbühnen-Pläne.

Die Vollsbühnenbewegung in Berlin steht an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung, heißt es im jüngsten Heft der vom Verband der Berliner Freien Vollsbühnen herausgegebenen Zeitschrift. Die Anforderungen des Festes rechtfertigen den Schritt, die beiden bestehenden Organisationen, der „Freien“ und der „Neuen Freien Vollsbühnen“, und sie zeigen den Abschluß der Verhandlungen wegen Übernahme der Kroll-Oper an.

Das eine ist gleich bedeutsam wie das andere. Die Spaltung der Berliner Vollsbühnenbewegung datiert bereits aus dem Jahre 1902. Nachdem zwischen der „Alten“ und der damals begründeten „Neuen“ Freien Vollsbühne lange ein recht gutes Verhältnis geherrscht hatte, war es kurz vor dem Kriege wieder zu einer Kälte gekommen. Der Bau des Theaters am Wilhelmsplatz, den die Neue Freie Vollsbühne wollte, führte zum Abschluß eines Kartellvertrages: Der Verband der Freien Vollsbühnen, der begründet wurde, ließ jeder der beiden Organisationen ihre Selbständigkeit. Aber der Kartellvertrag legte doch fest, daß Politiken und Mitglieder beider gleich sein sollten, daß die sich meldenden Mitglieder, soweit sie nicht besondere Wünsche äußerten, automatisch, entsprechend dem Verhältnis zwischen den Mitgliedschaften zur Zeit der Vereinigung, zu zwei Teilen der Neuen, zu einem Drittel der Alten Freien Vollsbühnen zugewiesen werden sollten, daß die Pachtung von Theatern und Theatervorstellungen fortan nur noch gemeinsam zu erfolgen hätte usw. Damit war einer völligen Verschmelzung wenigstens vorgebeugt.

Das Zusammenwirken im Verband befriedigte die Vertrags-kontingenten nicht in jeder Beziehung. Aber man erkannte immer deutlicher, daß die beste Lösung dieses unbestriedigenden Zustandes nicht eine neue Teilung, sondern eine völlige Vereinigung sein würde. Die meisten Differenzpunkte von einander waren genau verstanden, um einer solchen Vereinigung nicht weiter im Wege zu stehen; es blieben in der Hauptsache schlichte, nur noch die verschiedenen Auffassungen über die beste Organisationsgrundlage. Der Abschluß des Kartellvertrages und die Frage seiner Erneuerung führten zu ersten Erwägungen, ob sich nicht auch hier eine Vereinbarung finden ließe. Es war nicht ganz leicht, einen Verhandlungsentwurf zu finden, der beide Teile überzeugte, den beide Teile akzeptieren zu können glaubten. Wir wissen, daß es dazu sehr lange und eingehende Verhandlungen zwischen den leitenden Instanzen bedurfte. Und hier ist es genau, auch dieses Problem (bei einer Organisation von 1000 bis 1500 Mitgliedern) zu lösen.

## Auflösung der National-Versammlung beauftragt.

Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei haben in der Nationalversammlung einen gemeinsamen Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung eingebracht. Danach soll die Nationalversammlung beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen:

1. Rücktritt mitzuteilen, welche Gesetzentwürfe sie der Nationalversammlung noch vor ihrer Auflösung vorzulegen gedente.
2. Die Entwürfe zum Reichstagswahlgesetz, zum Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und zum Gesetz über Volksentscheid und Volksbegehren mit größter Beschleunigung vorzulegen.

Sobald sich die Nationalversammlung vom 1. Mai 1920 ab für aufgelöst erklärt.

Auch wir sind der Meinung, daß es höchste Zeit ist, daß diese Nationalversammlung aufgelöst wird. Ihr Fortbestehen steht im Widerspruch zu den Erklärungen und Voraussetzungen, unter denen sie feierlich einberufen worden ist. Die Annahmen der Regierung, daß erst die jetzt der Nationalversammlung noch vorliegenden Gesetze verabschiedet werden müßten, ist durchaus nicht stichhaltig. Die wichtigsten von ihnen, die unbedingt erledigt werden müssen, die Steuer- und Wahlgesetze, liegen sich in wenigen Wochen durchsetzen. Wenn dann die Auflösung der Nationalversammlung die sofortige Ausräumung von Neuwahlen und der sofortige Zusammentritt geschehen würde, wäre damit auch durchaus keine Verzögerung der gesetzgeberischen Arbeiten verbunden.

Wenn trotzdem die Regierung und die Mehrheitsparteien sich der Auflösung der Nationalversammlung widersetzen, so bleibt kein anderer Grund übrig als ihre Furcht vor der Abrechnung mit den Wählern.

## Schulhaftigende.

Deutz findet vor dem Reichsmilitärgericht die Verhandlung wegen Aufhebung der Schulhaft gegen den Genossen Ernst Däumig und den Führer der Kommunisten Dr. Paul Levi statt.

Wie gut es doch Deutschnationale haben, selbst wenn sie einmal in Schulhaft genommen werden, beweist die Tatsache, daß der deutschnationale Parteisekretär in Kassel, der vor einigen Tagen in Schulhaft genommen wurde, bereits wieder entlassen worden ist.

## Die Korruption.

Wir haben vor einigen Tagen den Nachweis erbracht, daß die Zentralstelle für Heimatsdienst eine offene Parteipropaganda für die S. P. D. entfaltet. Die Zentralstelle wird aus staatlichen Mitteln unterhalten und verhängt jährlich mehrere Millionen Mark. Die ungezählten Flugblätter und Plakate, die seit Ausbruch der Revolution schon für die S. P. D. verbreitet worden sind, verkörpern einen Wert von mehreren Hunderttausend Mark, und es ist dabei nur zu erklären, wenn die Rechtssozialisten auf diesen Agitationsbeitrag aus der Kasse der Reichsregierung nicht verzichtet wollen. Sie stellen sich zu allen Feststellungen taub und blind oder streiten sie, wie letzten in der Preussischen Landesversammlung, mit fühner Stirn ab. Wie unwahr dieses ganze Gebahren ist, geht daraus hervor, daß die rechtssozialistischen Parteiorganisationen noch bis in die letzten Tage hinein mit der Zentralstelle Hand in Hand gearbeitet haben. So hat erst vor einigen Wochen das Brandenburgische Bureau der S. P. D. an die Wahlvereine der Provinz ein Rundschreiben gerichtet, in dem es wörtlich heißt:

Auf verschiedene Anfragen, betreffend die Reichszentrale für Heimatsdienst müssen wir bemerken, daß unsere Provinzorgani-

tionen mit ihr Hand in Hand arbeiten und nichts an die einzelnen Kreisvereine von ihr verstanden wird, wozu wir nicht unsere Zustimmung geben haben. Werden Berichte und Belege von ihr eingefordert, so kommt dieser Aufforderung, soweit es in Euren Kräften steht, willig nach.

Es gehört wirklich eine große Portion Unverschämtheit dazu, nach solchen engen Beziehungen sich als unwissend hinzustellen und so zu tun, als ob man die Generale für Heimatsdienst nur dem Namen nach kenne. Aber es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß das, was sich zwischen der Zentrale für Heimatsdienst und der S. P. D. abspielt, Korruption schlimmster Art ist.

## Auflöser des Belagerungszustandes.

Der Militärgewaltige für Ostpreußen, Herr Generalleutnant von Skorff, geht im nächsten Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten August Winnig mit allen ihm zur Verfügung stehenden Nachmitteln gegen die unabhängige Arbeiterbewegung vor. Neben den Presseverboten hat er jetzt eine Verfügung erlassen, durch die alle Versammlungen und Veranstaltungen der unabhängigen Partei verboten werden. Im Landesteile Elbing finden nun gegenwärtig die Gemeindevahlen statt. Die örtlichen Amtsgewaltigen benutzen den Erlaß des Generals von Skorff, unserer Partei jede Beteiligung bei den Gemeindevahlen unmöglich zu machen. Der Amtsdirektor von Lenzing droht jeden Elbinger Unabhängigen, der nach Lenzing zur Wahlstation kommt, zu verhaften. Zeitungsunternehmungen weigern sich, Wahlanfragen unserer Partei in ihr Blatt aufzunehmen ohne Genehmigung der Amtsgewaltigen. Natürlich wird diese Genehmigung nie erteilt. Diese Maßnahmen stellen somit eine so ungeheuerliche amtliche Wahlbeeinflussung dar, wie sie unter dem alten Regime kaum möglich gewesen wäre. Nur vergessen die Herrschaften dabei, daß durch das amtliche Verbot der unabhängigen Wahlstation die gesamten Gemeindevahlen ungültig werden. Denn die Rechtssozialisten und die Reaktion werden von diesen Gewaltmaßnahmen nicht betroffen. Sie können ihre agitatorische Tätigkeit ungehindert auf breiter Basis entfalten und versprechen sich bei den einseitigen Verboten einen guten Erfolg für ihre Partei. Sie sind im wahren Sinne des Wortes die Auflöser des Belagerungszustandes und der von den Beschäftigten der Regierung gehandhabten Gewaltmethoden.

## Englischer Kredit an Deutschland.

Paris, 4. März. Der neuernannte englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, erklärte dem Londoner Korrespondenten des „Chicago Tribune“, England werde bei der Friedenskonferenz die absolute Notwendigkeit betonen, Deutschland zu helfen, sich wieder emporzurichten. Es werde Deutschland eine Anleihe bewilligen, damit es seinen Verschuldungen nachkommen könne.

Kritische Vertreter bei den Reichsgerichtsverhandlungen über eine Mitteilung Lloyd Georges im englischen Unterhaus ergibt sich, daß zwar die Vertreter der britischen Gerichtsbarkeit den Verhandlungen in Leipzig beiwohnen, aber doch keinerlei amtliche Rolle übernehmen werden. Sie werden lediglich zusehen, daß durch das deutsche Gericht der Gerechtigkeit voll Genüge geleistet wird.

Ein Reichsgesetz über die Beamtenvertretungen. Im Reichsministerium des Innern wird zur Zeit ein Reichsgesetz über die Beamtenvertretung ausgearbeitet. Im der Verantwortung eines Antrages in der preussischen Landesversammlung wird von der Regierung mitgeteilt, daß sie insoweit nicht beabsichtigt, ihrerseits für Beamten ein Gesetz über Beamtenräte vorzulegen. Eine neue Partei in Frankreich. „France Libre“, das Organ der sozialistischen Dissidenten, kündigt die Bildung einer neuen Partei an.

Ein politischer Mord in Italien. In Palermo wurde der Sozialistenführer Nion durch drei Revolverkugeln getötet. Der Verfall ist noch nicht aufgeklärt.

einer Verschmelzung auf der Grundlage des fligierten Sühnungsentswerfes bereits zugestimmt. Es darf wohl als sicher angenommen werden, daß auch die für den April einberufenen Generalversammlungen ihre Einwilligung erklären werden, und man wird es lebhaft begrüßen können, wenn es auf diese Weise zur Schaffung einer einheitlichen Organisation kommt. Darf man doch hoffen, daß sie auch eine Unterstützung und Förderung der Bestrebungen bedeutet, die sich die Vollsbühnenbewegung zum Ziel gesetzt hat.

Gerade die Arbeiterschaft hat daran das größte Interesse, nicht nur, weil in ihr die meisten Kunstgenossen sind, denen ihr Einkommen verzieht, in die letzten und immer teurer werdenden Privattheater zu gehen; auch deshalb, weil das Prinzip, nach dem die freien Vollsbühnenarbeiten, gewisse-maßen einen Plan zu verwirklichen strebt, die recht eigentlich für die Arbeiterbewegung charakteristisch ist: Es handelt sich bei der freien Vollsbühne — wenigstens wie sie in Berlin ihre Aufgabe auffassen — nicht einfach um Organisationen zur Vermittlung billiger Theaterbesuche; sie wollen mehr: durch gemeinschaftlichen Zusammenschluß der Theaterbesucher das Geschäftskapital aus dem Kunstbetrieb verbannen, den Unternehmergeist beseitigen, die mit dem Geschäftstheater unvereinbar verbundenen Rücksichten auf den „Kassenerfolg“ ausschalten, die Bahn frei machen für die Pflege echter Kunst, für eine systematische Erziehung der Massen zum Kunstverständnis. Es ist das Problem der Sozialisierung des Theaters, das hier in Angriff genommen wird.

Durchaus erfreulich ist es, wenn nun zugleich mit dem Verschmelzungsplan angekündigt werden kann, daß die künftige „Vollsbühne S. V.“ neben ihrem Theater am Wilhelmsplatz ein zweites eigenes Haus besitzen wird, die ehemalige Krolloper am Königsplatz. Was aber den Abschluß des Vertrages zwischen der Eigentümerin des Grundstücks, der preussischen Staatsverwaltung und den Vollsbühnen, sowie über die Absichten der Vollsbühnen in bezug auf die Krolloper in der Vorkriegszeit des Verbandes mitgeteilt wird, berechtigt zu hohen Erwartungen. Die Vollsbühnen erhalten das Haus am Königsplatz für 20 Jahre. Aus der Kasse, die es heute im Innern darstellt, wollen sie mit Hilfe des benachbarten Architekten Oskar Kaufmann einen ganz neuen würdigen Theaterraum schaffen, der mindestens 2000 Zuschauer faßt. Das umgebene Haus soll bereits Anfang 1921 eröffnet werden. In ihm sollen den Mitgliedern der Vollsbühnen (wie auch weiteren Kreisen, denn eine Beteiligung der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen ist ausdrücklich vorgesehen) sowohl Schauspiel, wie Opervorstellungen an geboten werden, und zwar durch das Ensemble der beiden Staatstheater. Die Intendanten haben zugesagt, ihre ersten Kräfte in den Vorstellungen mitwirken zu lassen. Bei der Voll-

der ausführenden Stelle ist dem künstlerischen Ausschuss der künftigen Vollsbühnen-Einheitsorganisation ein Mitspracherecht zugesichert. Ein Mitspracherecht wäre allerdings besser gewesen, zumal man nicht weiß, welche Tendenzen einmal bei späteren Intendanten lebendig werden können. Immerhin — man darf hoffen, daß die Besucher der neuen „Vollsbühne“ (mit dem Untertitel „Theater am Königsplatz“) dort wirklich künstlerische Genüsse finden werden.

Die Angliederung dieses Hauses wird die Vollsbühnen-Organisation befähigen, ihren Mitgliederkreis zu erweitern, und hoffentlich auch veranlassen, Pachtverträge mit nicht ganz einwandfreien Geschäftstheatern um jeden Preis zu vermeiden.

In einer Richtung wird ihr freilich auch die Betriebsberühmung der ehemaligen Krolloper nicht viel weiter helfen können; und doch handelt es sich dabei um etwas recht Wesentliches. Den Vollsbühnen fehlt ein eigenes Haus von intimerem Charakter, deren Wirk in einem Theater für 2000 Besucher verloren gehen muß. Wir wissen, daß die leitenden Stellen der beiden Vollsbühnen diesen Mangel selbst hart empfinden und Möglichkeiten erwägen, ihn zu beseitigen. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich ein Weg zu diesem Ziel fände, selbst wenn der Versuch des „Kammerspielhauses“ infolge der geringeren Anzahl verfügbarer Plätze den Mitgliedern nur insoweit zugänglich gemacht werden könnte, als sie bereit wären, dafür einen gewissen Aufschlag zu den üblichen Preisen zu zahlen.

Dann würde auch die Möglichkeit für die Vollsbühnenorganisation wachsen, junge, unerprobte Talente zu Wort kommen zu lassen, „neuer“ Kunst Gelegenheit zu geben, zu den Mitgliedern zu sprechen. Zweifellos ist es eine Aufgabe, in der eine sehr ernste Pflicht der Vollsbühnen, amputierenden Talente, revolutionären Erfindungen in der Kunst zur Anerkennung zu verhelfen. Dabei der immer dringender werdende Mangel nach Schaffung einer besonderen Bühne, die besser für solche Zwecke geeignet ist. Etwas mehr, als es sehr geschickte Hände auch der Spielplan des Theaters am Wilhelmsplatz sich nehmen auf den Verfall der Vollsbühnen, gerade eine Kunst zu fördern, in der wie in der Arbeiterbewegung selbst der Protest gegen das Überkommene, die glühend Emporkommenden Unterdrückten steht. Der heutige Spielplan bedarf einer Erweiterung; und schon deshalb wäre die Angliederung einer dritten eignen Bühne wünschenswert. Vielleicht schafft die Verschmelzung der beiden Organisationen Raum und Möglichkeit, auch dieses Problem zu lösen.

Andreas Lucys, der als passivischer Mitarbeiter der „Neuen Freien“ im Kriege und anderer Werke Weltkrieg erlangte, wie jetzt bekannt wird, tatsächlich von Wien nach Budapest geflohen, wo es unklar ist, ob er den Schrecken der russischen

# Brandenburgischer Provinziallandtag.

In der Sitzung vom 8. März passierte der Etat die erste Lesung. Die neue Zusammenfassung machte sich in der Stellungnahme der Parteien zum Etat geltend.

**Verkehrsmittel** (Kammerer Scholz, Charlottenburg): Die große Leistung der letzten Jahre und besonders der letzten Monate drückt allen Ertragsarten den Stempel auf. Materialpreise, Gehälter und Löhne sind enorm gestiegen. Allein für Feuerungs- und Beschaffungskosten sind etwa 10 Millionen Mark erforderlich, für die Provinzialanstellungen sind über 11 Millionen erforderlich. Vieles mußte eingespart oder zurückgezahlt werden.

Die Haushalte sind in den letzten Jahren heruntergewirtschaftet und müssen wieder in Ordnung gebracht werden, dazu sind Millionen erforderlich. Es konnten aber nur 20 Millionen Mark für Umlaufvermögen und Neubau eingesetzt werden, weil die Aufbringung größerer Mittel unmöglich ist. Die Eisenbahnkosten werden eine Ausgabe von 9 Millionen, trotzdem die Belastungsziffern zurückgegangen sind. Die Eisenbahn ist die Trägerin der Provinz in den letzten Jahren unterblieben und muß in nächster Zeit wieder in Ordnung gebracht werden. Die Eisenbahn muß auf die neue Reichsfinanzordnung und auf das zukünftige Berlin genommen, weil beide noch in der Schmelze sind. Wir können nur zu einer Gesundung kommen, wenn wir die Anleiheentlastung auf allen Gebieten steigern.

**U. Döpp (Witzfel):** Der Etat ist ein Spiegelbild der Notlage unseres Vaterlandes. Die Lage der Provinz wird noch veranschaulicht durch das neue Groß-Berlin, weil dadurch große Teile von Teltow, Westow und Niederbarnim aus der Provinz ausgeschoben. Die neue Steuererhebungsgesetz erschwert die Selbstverwaltung der Gemeinden; diese sind nicht mehr in der Lage, die Steuern nach ihrem Verhältnis und Bedürfnissen zu erheben.

**Scholz, Witzfel (Soz.):** Wir haben es für notwendig, daß auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege nicht gespart wird. Während des Krieges ist alles heruntergewirtschaftet, deshalb muß es sobald als möglich nachgeholt werden. Wir bedauern die Ablehnung der 600 000 Mark für Wohlfahrtspflege im Etatvorschlag und nehmen den Antrag hier im Plenum wieder auf. Die Leistung der Anstalten muß eine andere werden, in erster Linie sind Säuglinge heranzuziehen.

**Döpp (Dem.):** Die Schwierigkeit liegt in der Verarmung des Volkes. Wir sind nicht gegen die Wohlfahrtspflege, es fragt sich nur, wer die Kosten tragen soll, ob die Kreise oder die Provinz hierin in Frage kommt.

**Dr. Witzfel (U. Soz.):** Die schlechte Lage drückt sich gewaltig in den vorliegenden Rissen aus und diese Tatsache wird noch recht auf die Revolution und die Trennung zurückgeführt. Das ganze Volk ist die Folge des unglückseligen Krieges. In dem materiellen Zusammenbruch kommen noch die moralischen Schäden, die mindestens ebenso unheilvoll sind. Darüber haben wir mit einer Handbewegung hinweg, wir wollen diese Zustände aber auch hier feststellen.

**Van der Loo (Soz.):** Von uns ist Prozent Steuerzuschlag und einen Aufwandszuschlag. Wir müssen dem nachgeben und zustimmen, sobald die Bürde eine schwere und kaum noch zu ertragen ist. Wir wollen die Anarchie nicht noch weiter treiben, denn diese Zustände waren nur dadurch möglich, daß die Gemeinden und andere Körperschaften während des Krieges nicht den Mut zu einer gesunden Finanzangelegenheit fanden, um die Stimmung nicht zu verderben. Alles plaudert, die Kosten den Besiegten aufzulegen zu können. Es wäre Pflicht gewesen, den Provinziallandtag viel früher einzuberufen, um zu den Schulden und den dringenden Aufgaben Stellung zu nehmen.

Wir können uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß den Beamten und Angestellten Gehälter gehalten werden müssen, wir müssen sie so stellen, daß sie einigermaßen ihre Bedürfnisse befriedigen können. Wir müssen eingreifen, um einer Kurruption der Beamten vorzubeugen.

Gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit bei den Beamten und Angestellten wehren wir uns entschieden, was wir aber verlangen können, ist eine richtige Ausfüllung der Arbeitszeit vom ersten bis zum letzten Angestellten in gemeindlichen Organen. Wenn immer auf die Arbeitszeit hingewiesen wird, so verweisen wir darauf, zuerst die Vorbedingungen für die Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen: politische Freiheit und ausreichende Ernährung. Sehen Sie in die feinen Restaurants, welches Schlemmerleben wird dort geführt von Leuten, die nicht arbeiten, von dem Schieberum und seinem Anhang. Diese Leute essen alle, ohne zu arbeiten, und ohne, daß man sich darüber entrüstet.

Die Sozialisierung ist das einzige Mittel, um uns von den unheimlichen Mörderhande verhalten wurde. Somit dürfte sich auch die bereits erwähnte Meinung von seiner Verurteilung zum Tode behältigen. Dem realistischen Willen ist alles zu überlassen. Es gilt auch in diesem Falle das Volkswissen gegen den weißen Terror zu mobilisieren!

## Deutsches Geistesleben.

Es wird immer toller mit unserer akademischen Wissenschaft. Sie stellt sich an die Spitze eines Abwärtsklimas, wie es schlimmer auch nicht in den Jahren der Kälte- und Völkerverehrung. Und das nennt sich ein "deutsches Geistesleben". Täglich häufen sich die Beispiele einer Kulturverrottung, die uns in anderen Ländern immer verächtlicher machen muß. Es wird heute aus Wassa gemeldet, daß es dort im Stadtheater zu den ärgsten Sabotagen kam bei der Aufführung eines Dramas "Karl Lisner", das dort für die freien Gewerkschaften aufgeführt wurde. Wir kennen dieses sicherlich gutgemeinte und wahrscheinlich nicht um literarischer Werte willen geschriebene Stück nicht, aber der Name des großen, jetzt von Wassa durch den Schmutz geschleierten sozialistischen Revolutionärs Kurt Eisner genügt, um schon vor Beginn der Vorstellung Studenten, die in brüderlicher Anspannung mit reichem Interesse erschienen waren, brüllen zu lassen: "Nieder mit Eisner! Nieder mit den Juden!" Wie das jetzt so üblich ist, wurde dann geschossen, mit Granaten und Knallkörpern geworfen und alle schließlich ausbleibend oder gegen die gewalttätige Ordnung protestierenden Bewusstseine verprügelt. Bei dieser "politischen" Verfassung der deutschen akademischen Jugend wundern es uns nicht, daß es jetzt zum Beispiel der Allgemeinen Studentenschaft der Universität Moskau das Ausrecht androht gegen die "Juden und andere russische und polnische Elemente" an den Universitäten. Es heißt in einer der letzten Hefen der "Kommunistischen Weltbewegung": "Wir sind nicht gewillt, übrig zu lassen, wie nihilistische Elemente, die gerade unter den Studenten dieser Revolutionsgruppe häufig sind. Wir werden sie mit ihnen als politische Ideen die politische Welt zu besetzen. Wir werden uns in unserer Haltung auch nicht durch irgendwelche Schugbrillen von politischen Regierungskreisen beeinflussen lassen, die diese finsternen Existenzen oft aufzuweisen haben." Und dann kommt die "Kommunistische Weltbewegung", "schlichtlos zur Selbsthilfe zu greifen". Wenn es so weiter geht, wird das deutsche Volk von seiner "Kultur" weis-roten Vordrängen unter Führung akademischer "Kommunisten" noch sein kühles Wunder erleben!

wieder ins Welt zu bringen. Bedauerlich ist, daß angesichts der ungenügenden Lage in der Provinz so vieles zurück gestellt wurde, das gilt besonders für die Wohlfahrtspflege, Wohnungsbau und Volkshochschule. Wir fordern, daß endlich mit dem Prinzip gebrochen wird, Weisheit als Leiter der Anstalten zu bestellen, es müssen für die Erziehung vorgebildete und geeignete Männer gewonnen werden.

Der frühere Provinziallandtag war ein Museumstück, von ihm war in der Deszendenz nicht zu spüren; darin muß ein Wandel eintreten.

Wir wünschen auch, daß die Fehler der früheren Monarchen, die hier noch im Saale hängen, entfernt werden, sie passen nicht in die heutige Zeit. Wir sind Republikaner und hoffen, daß die frühere Verode nicht wiederkehrt. Die Zukunft muß dem Sozialismus gehören.

**Landesdirektor v. Winterfeld:** In unseren Anhalten handelt es sich um 7000 Hirsche, da können schon mal Fehler vorkommen trotz aller Mühe, die wir uns in der Verwaltung geben. Ich möchte hoffen, daß die Zustände in den Anhalten so bleiben, wie sie heute sind. Verbesserungen werden wir vornehmen, soweit sie irgend durchführbar sind.

**Oberrichtermeister Scholz-Charlottenburg:** Es muß hier festgestellt werden, daß die Provinz Brandenburg in sozialer Hinsicht die vorbildlichste in Deutschland ist. Ich vertritt die Ansicht, daß die frühere Anleihekemiratschaft, wie sie das Reich getrieben hat, die richtige war. Es kann und nur die Arbeit helfen, um überhaupt essen zu können. Zum Schluß hat die Abg. Witzfel als Silberhüter gezeigt. Wir wollen uns die Erinnerung an die frühere Zeit nicht trüben lassen, da wir sie für besser halten als die jetzige.

Die Debatte über diesen Punkt geht noch weiter hin und her. Dr. Vorhard (Soz.) bestritt, daß Deutschland Schuld an der Kriegsschuld und der Verlängerung des Krieges sei. In die Spezialdebatte wurde noch öfter von unseren Genossen eingegriffen, um unsere Stellungnahme darzulegen.

## Unfähigkeit und böser Wille.

Zwei Arbeiterschichten waren es besonders, gegen die sich während der Revolution der Doh als Kapitalisten und Bürokraten geltend machte: die Bergarbeiter und die Eisenbahner. Sie wurden für alles verantwortlich gemacht, was wir an wirtschaftlichen Schwierigkeiten besitzen. Wir haben immer betont, daß sich darin sowohl der Doh als die Revolution, wie die Doh vor dem bedrohlichen Kapitalismus zeigte.

Jetzt haben wir die vollkommenste Beschäftigung dafür. Die Kohlennot ist unermindert, Industrie und Hausbrandversorgung sind außerordentlich schlecht, obwohl die Kohlenförderung in den letzten Wochen dank der erhöhten Leistungen der Bergarbeiter wesentlich gestiegen ist. Daselbe Bild bei den Eisenbahnwerkstätten: auch hier erhöhte Leistungen und ständig steigende Zahl von abgefertigten Lokomotiven und Wagen.

Trotzdem das Stöcken des Kohlenverkehrs, so daß täglich mehrere 10 000 Tonnen Kohlen auf die Bahnen gestürzt werden müssen. Die Kohlenbestände haben sich allein in der vorigen Woche um 115 000 Tonnen auf 840 000 Tonnen vermehrt. Täglich fehlen bis zu 7000 Wagen, das sind mehr als ein Drittel des Bedarfs, trotzdem weder Lebensmittel noch sonstige größere Transporte zu leisten sind.

Der Eisenbahnverwaltung fehlt jede stichhaltige Erklärung dieser Erscheinung. Sie, die sonst immer alle Schuld auf die Arbeiter geschoben hat, kann nun nicht länger vertuschen, daß das alles Schwindel war und daß die Schuld an diesen Zuständen sowohl die Unfähigkeit der Eisenbahnverwaltung ist, wie der böse Wille vieler Beamten, die, in deutschnationalem Geiste befangen, jede Besserung der Wirtschaftsverhältnisse mit Absicht anfeindeten.

Was wird die "taukräftige" Regierung gegen diese Gesellschaft unternehmen? Wird Herr Koske auch gegen sie mit Standrecht und Todesstrafe drohen?

## Ergebnislose Verhandlungen im Buchdruckgewerbe.

Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker hat seit dem 27. Februar in Berlin getagt, um über die Forderung der Gehaltenshöhe auf weitere Steuererhöhungen zu beraten. Die Verhandlungen sind nach fünfjähriger Dauer ergebnislos verlaufen, auch der Eruch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums, den die Gehilfen anrufen hatten, ist als unerfüllbar abgelehnt worden.

Es ist also mit der Möglichkeit einer großen Bewegung im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe zu rechnen.

## Bestrafung des Streikrechts in Frankreich.

T. U. Genf, 4. März. Die der "Kronpost" der "Frankfurter Zeitung" meldet, erklärte Ministerpräsident Millerand in der vorerwähnten Interpellationsdebatte der französischen Kammer über den beendeten Eisenbahnerstreik, daß er eine Regierungsvorlage einbringen werde, um in öffentlichen Betrieben die Anwendung des Streikrechts von einem Schlichtungsgericht abhängig zu machen. Aus den Ausführungen des Ministers ergibt sich, daß ein Ministerkabinett besteht in Bezug auf die den Arbeitern gemachten Zugeständnisse. Nach der Auffassung des Ministers bezieht sich die Aufhebung der Disziplinarmaßnahmen nicht auf die bereits eingeleiteten gerichtlichen Untersuchungsverfahren.

Der Allgemeine Gewerkschaftsverband behält sich vor, die Sache der verhafteten Eisenbahner weiter zu verfolgen. In der Beratung erklärte sich der sozialistische Deputierte Sanguier unter großem Beifall der Sozialisten für die sofortige Verhaftung der französischen Eisenbahner.

Die verhafteten Führer des Eisenbahnerstreiks sind vorzeitig in Freiheit gesetzt worden. Obwohl verhaftet worden war, daß die Gewerkschaften keine Repressalien einleiten, sind mehrere Führer entlassen worden. Die Eisenbahner haben darauf gedröhnt, den Streik wieder aufzunehmen, wenn diese Entlassungen nicht rückgängig gemacht werden.

## Elternbeiträge wählen.

### Veranstaltungen.

**Charlottenburg.** Die Elternbeiträge wählen sind auf unbestimmte Zeit verschoben. Freitag abend 7 Uhr im Volkshaus, Rosenstraße. Die Elternbeiträge wählen und die U. S. V. Referent Genosse Löwenstein.

**13. Bezirk II Abteilung.** Elternbeiträge - Veranstaltung (Referent: Herr Studienassessor Kemle, Frau Oberlehrerin Dr. Verhagen) in die Sonnenburger, Obermader Straße, Postamtstraße, Oberberger Straße, 20, 274, 178, 117, 15, 171, 201, 214. Anaben- und Mädchen-Gemeinschaften: Freitag, den 5. März, abends 7 Uhr, in der Schul-Aula, Weimert, 40.

**Pantow.** Am Freitag, den 5. März, abends 7 Uhr, findet im Lokal "Zum Kurfürsten", Berliner Straße 102, eine öffentliche Versammlung statt, in der Gen. Lehrer Weisberg über "Elternbeiträge und Elternbeiträge" spricht. Die Genossen werden ersucht, für die Besetzung des Saales zu sorgen.

## Gewerkschaftliches.

### Der Streik der Klavierarbeiter.

Seit etwa sechs Wochen haben die Berliner Klavierarbeiter im Streik, der jetzt geschloffen und einmütig durchgeführt wird. Die Klavierfabrikanten jenseits nunmehr einzeln zu wollen und sich zu Verhandlungen zu begeben. In der Musikindustrie haben die Unerschrockener wäcker Einsicht, aber auch sie werden einsehen lernen, daß eine Spaltung auf eine Zersplitterung der Arbeiterschaft gänzlich verfehlt ist.

In einer Klavierarbeiterversammlung in Leipzig am vergangenen Dienstag wurde nach einem Referat über den Berliner Streik den Streikenden nicht nur volle Sympathie zugesichert, sondern einmütig beschlossen, die Berliner Kollegen finanziell weitgehend zu unterstützen. Eine Aktion gleicher Art seitens aller Ortsgruppen ist bereits in die Wege geleitet.

### Zentralverband der Angestellten.

Im Laufe der nächsten Woche findet eine Vollversammlung der sämtlichen Angestellten - nicht nur der Angestellten-Ausschüsse - der Abwählungsstellen der Vereinstätigkeiten statt. Auf die Tagesordnung steht: 1. Das Betriebsratsgesetz. 2. Probeverträge in Massenanstellungen. 3. Verschiedenes. Zeit und Ort werden noch bekanntgegeben.

Diejenigen Betriebe bzw. größeren Abteilungen einer Fabrik, die räumlich getrennt liegen, werden unter Bezugnahme auf vorstehende Notiz der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände gebeten, ihre Vertrauensmänner zwecks Verteilung von Flugzetteln und dergleichen umgehend nach hier bekannt zu geben, soweit dies noch nicht geschehen ist.

### Lohnbewegung der Töpfer.

Eine Versammlung der Töpfer besaßte sich am Mittwoch mit den Verhandlungen, die mit den Töpfermeistern in letzter Zeit gepflogen worden waren. Auch die ermäßigte Forderung von 5,50 M. Stundenlohn haben die Meister unter allerlei nichtigen Vorwänden abgelehnt. Zur Festlegung eines Stundenlohns von 5 M. und eines Akkordlohnssatzes von 330-350 Prozent sind sie bereit. Ein in der Versammlung anwesender Töpfermeister wollte den Gehilfen beweisen, daß die armen und bedauernswerten Meister absolut nicht mehr zahlen könnten. Im weiteren Verlaufe der Diskussion mußten sich die Meister jedoch recht bittere Wahrheiten sagen lassen. Die Gehilfen sind fest entschlossen, an ihren Forderungen festzuhalten. In einer Innungsversammlung werden die Arbeitnehmer Delegierte entsenden, um dann über weitere Maßnahmen zu beschließen.

### Streik in der Krawattenbranche.

Seit dem 21. Februar 1930 befinden sich die Kollegen und Kolleginnen, sowie die Heimarbeiterinnen der Krawattenfabrik S. Reichmann, Karlsruherstr. 25, im Streik. Warum ist nun derselbe?

Am 31. Januar d. J. war der Tarifvertrag dieser Branche abgelaufen. Die Vorstände dieser Firma beschlossen nun, an ihren Arbeitgebern mit einer Forderung wegen Erhöhung ihrer Löhne heranzutreten. Daraus entspannen sich Zwistigkeiten, die mit einem Vertreter der Organisation auf friedlichem Wege beigelegt wurden. Der Arbeitgeber hielt aber diese Vereinbarung nicht, so daß sich der Betriebsausschuß veranlaßt sah, bei Herrn Siegfried Weisenberger, Mitinhaber der Firma Reichmann, vorstellig zu werden im Beisein eines Vertreters unseres Verbandes. Dieser war wohl willend, den Organisationsvertreter zu empfangen, lehnte aber den Betriebsausschuß ab mit der Motivierung, daß er den Betriebsausschuß nicht anerkenne und in die altbekannte Meidenart der Arbeitgeber verfiel, noch sei er Herr im Hause. Daraufhin legten die Vorstände die Arbeit nieder. Der Streik wird einmütig und in jodlicher Art geführt. Trotzdem hat Herr Weisenberger um den Schluß der Sicherheitsbeweise ersucht und denselben bereitwillig erholten, so daß immer drei Sicherheitsmannschaften zum Schutze des Arbeitgebers zur Stelle waren, wenngleich auch die Streikenden ihre Veranlassung zum Einschreiten der Sicherheitsbeweise gaben. Es ist dies das alte Spiel im neuen Deutschland, daß die Arbeitgeber sich wie in Wilhelmianischen Zeiten des Schutzes der Regierung erfreuen dürfen. Man mühte erst bei dem Herrn Vorstandsmitglied vorstellig werden, um die Zurückziehung der Mannschaften zu erreichen.

Kollegen und Kolleginnen, sowie Heimarbeiterinnen der Krawattenbranche! In musterwürdiger Weise haben die Streikenden der Firma S. Reichmann zusammen. Hebt Solidarität! Ferner darf für die Firma arbeiten, solange in deren Betrieben auf ev. Streikarbeit und verweigert dieselbe. Gedenket, daß die Streikenden letzten Endes nicht nur für sich, sondern auch für euch kämpfen.

In einer am Montag, den 23. Februar, stattgefundenen Vorstanderversammlung nahm die Kollegenschaft zunächst Stellung über ihre Lohnbewegung selbst und beschloß, ihre Forderungen dem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten, nachdem der Arbeitgeberverband die Verhandlungen insoweit abgelehnt hat, als er ihre Forderungen als übertrieben hoch beschrieb. Mit demselben Recht könnte man sagen, daß die Verkaufspreise auf Grund der Entlohnung gleichfalls übertrieben hoch seien.

## Groß-Berlin.

Beim Eindringen überrascht und angehalten wurde in der vergangenen Nacht ein Eindrehler, der mit zwei Epischgesellen an der Ecke der Wollner Straße und des Vineta-Platzes in ein Lichtspieltheater eindringen wollte, um aus einem der Vorrichtungsgewehre die Motoren zu stehlen. Die Eindrehler wurden jedoch beobachtet. Als Sicherheitsbeamte erschienen, ergriffen die Eindrehler die Flucht. Einer der Beamten schoß nunmehr auf die fliehenden und traf den Aufführer Karl Damm, der schwer verletzt zusammenbrach. Einen Epischgesellen gelang es zu entkommen. Der Verletzte wurde als Vollzugsgefangener nach der Charité gebracht.

Am Weibschloßberg gestorben ist der 40 Jahre alte Zimmermann Otto Volkmann aus der Adolfer Straße 3. Der Mann lagte zu Hausgehen über Leibes Leben in allen Gliedern. Als man sich gestern nachmittag nach ihm umsah, fand man ihn tot in seinem Bett liegen. Nach den Feststellungen scheint er an den Folgen einer Weibschloßbergvergiftung gestorben zu sein. Die Leiche wurde daher beschlagnahmt und zur Untersuchung dem Leichenhause übergeben.

## Zähne 4 Mark 7.- Mark

mit echtem Friedens-Kautschuk  
schöne, natürliche Farbe hat 5 jähr. schriftlicher Garantie.  
Zahnziehen mit Brillen-Beißhülle nach bewährter Methode mit Herstellung von Gebissen 22111  
Spezialität: Zähne ohne Gummien, Kronen von 30 Mk. an, Kette-Luxuspreise! Fachmännliche Mundärztliche- und Zahnärztliche

**Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1**  
Feste Schloßhauser Allee, Einiges Parfümerie  
Sprechstunden von 9-12, 2-7, Sonntag und Feiertage 11-12  
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

